

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage Nr. 525

des Abgeordneten Péter Vida (BVB / FREIE WÄHLER Fraktion)

Drucksache 7/1305

Zahnärztliche Versorgung im Land Brandenburg

Namens der Landesregierung beantwortet die Ministerin für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz die Kleine Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung des Fragestellers: Die zahnmedizinische Versorgung der Bevölkerung ist von besonderer Bedeutung. Dabei ist die Präsenz von Zahnärzten in allen Teilen des Landes anzustreben. Wirtschaftliche und geografische Zwänge erschweren dies. Im Interesse einer guten und gleichwertigen gesundheitlichen Versorgung sind daher alle Möglichkeiten zur Zulassung von Zahnärzten und Erleichterung ihrer Arbeit auszuschöpfen.

Frage 1: Wie viele zugelassene Vertragszahnärzte gibt es in Brandenburg? Wie ist die Entwicklung der Zahl der zugelassenen Vertragszahnärzte seit dem Jahr 2000? Bitte als fortlaufende Grafik nach Jahren darstellen.

Zu Frage 1: Auf die Anlage 1 wird verwiesen.

Frage 2: Wie ist die Entwicklung der Zahl der Neuzulassungen und Ende der Zulassungen von Vertragszahnärzten? Bitte die Zahlen tabellarisch in Jahresscheiben ab 2000 darstellen.

Zu Frage 2: Die Zahl der Neuzulassungen und das Ende der Zulassungen von Vertragszahnärztinnen und Vertragszahnärzten im Land Brandenburg ab dem Jahr 2000 stellt sich wie folgt dar:

Jahr	Zulassungsenden	Neuzulassungen
2000	36	35
2001	28	32
2002	34	36
2003	19	29
2004	25	30
2005	30	34
2006	44	32
2007	40	27
2008	18	25
2009	13	29
2010	19	34

2011	18	28
2012	39	28
2013	39	30
2014	41	30
2015	63	36
2016	71	51
2017	65	28
2018	34	39
2019	77	37
05.03.2020	32	8

(Quelle: Kassenzahnärztliche Vereinigung Land Brandenburg)

Frage 3: Wie viele angestellte Zahnärzte sind derzeit zugelassen?

Zu Frage 3: Aktuell sind nach Angaben der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Land Brandenburg 334 angestellte Zahnärztinnen und Zahnärzte zugelassen.

Frage 4: Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung und/oder die Kassenzahnärztliche Vereinigung (KZV) und/oder die Landeszahnärztekammer, um ein positives Jahresaldo (Neuzulassungen abzgl. Ende der Zulassungen) für zugelassene Vertragszahnärzte zu erreichen?

Zu Frage 4: Im Land Brandenburg existieren zahlreiche Angebote und Maßnahmen: So bietet die KZV mit dem „Praxislotsen“ seit September 2017 monatlich eine kostenlose individuelle wirtschaftliche/steuer- sowie zulassungsrechtliche Beratung u. a. für Abgeber und Praxissuchende/Existenzgründer an. Auch die Landeszahnärztekammer (LZÄK) hat ein monatliches Beratungsangebot für Praxisgründung, Praxisübernahme und -abgabe („Treffpunkt Zahnarztpraxis“ für Neustarter und Abgeber). Zu weiteren Maßnahmen zählen:

- die Job- und Praxisbörse der KZV und LZÄK,
- das Internet-Portal www.landpraxen.de,
- die Niederlassungsberatung,
- die gemeinsame Kampagne von KZV und LZÄK zur Gewinnung von jungen Zahnärztinnen und Zahnärzten im Land Brandenburg, bei der auch Gespräche mit den Landkreisen und Gemeinden zur Verbesserung der zahnärztlichen Versorgung im Land Brandenburg geführt werden.

Frage 5: Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung und/oder die KZV und/oder die Landeszahnärztekammer, um ausländischen Zahnärzten aus Drittländern einen diskriminierungsfreien Zugang zur deutschen Approbation zu ermöglichen? Welche grundlegenden Ansätze verfolgt und ggf. welche Hinweise an die KZV sowie die Landeszahnärztekammer erteilt die Landesregierung in dieser Frage?

Zu Frage 5: Die bundesgesetzlichen Vorgaben für die Anerkennung von ausländischen Abschlüssen im Bereich der akademischen Heilberufe gewährleisten grundsätzlich einen diskriminierungsfreien Zugang zur deutschen Approbation. Im Anerkennungsprozess wird aus europarechtlichen Gründen unterschieden zwischen Ausbildungen in Mitgliedstaaten der Europäischen Union oder EWR-Vertragsstaaten bzw. Ausbildungen in sog. Drittländern.

Nur bei den beiden Erstgenannten kommt eine automatische Anerkennung nach der RL 2005/36/EU in Betracht. Die Verfahren der Gleichwertigkeitsprüfung unterliegen weitestgehend den selben Vorgaben. Ist keine Gleichwertigkeit des Ausbildungsstandes gegeben, so müssen sich Antragstellende mit EU- bzw. EWR-Ausbildungen einer Eignungsprüfung unterziehen, die sich auf die festgestellten Defizite (wesentliche Unterschiede) bezieht. Antragstellende mit Drittstaatsausbildung hingegen müssen eine Kenntnisprüfung, die sich auf den Inhalt der staatlichen Abschlussprüfung bezieht, erfolgreich absolvieren. Mit der Verordnung zur Neuordnung der zahnmedizinischen Ausbildung vom 8. Juli 2019 (BGBl. I S. 933), die am 1. Oktober 2020 in Kraft tritt, werden erstmalig in der Zahnmedizin bundesweite Standards für die Durchführung von Eignungs- und Kenntnisprüfungen eingeführt.

Eine Tätigkeit als angestellte/r Zahnärztin bzw. Zahnarzt oder als Vertragszahnärztin bzw. -arzt in eigener Niederlassung setzt neben der Approbation die Ableistung einer zweijährigen Vorbereitungszeit voraus. Die KZV prüft auf Antrag, ob die Vorbereitungszeit entbehrlich ist. Von der Ableistung der Vorbereitungszeit sind gem. § 3 Abs. 4 Zahnärzte-Zulassungsverordnung Zahnärztinnen und Zahnärzte befreit, die außerhalb von Deutschland in einem anderen EU-Mitgliedsstaat ein nach gemeinschaftsrechtlichen Vorschriften anerkanntes Diplom erworben und die staatliche Zulassung zur Berufsausübung haben. Liegt die Approbation nicht vor, erteilt die KZV zunehmend Genehmigungen zur Beschäftigung als Assistentin bzw. Assistent mit einer befristeten Berufserlaubnis gemäß § 13 Zahnheilkundengesetz.

Die LZÄK führt im Auftrag des Landes Fachsprachtests und Kenntnisstandprüfungen durch. Das gemeinsame Fortbildungsinstitut der Zahnärztekammern Berlin und Brandenburg, das Philipp-Pfaff-Institut Berlin, bietet einen Vorbereitungskurs zur Gleichwertigkeitsprüfung für zugewanderte Zahnärztinnen und Zahnärztkinnen an.

Frage 6: In welchem Verhältnis zueinander werden die in § 2 Abs. 2, 3, 3a ZHG benannten Möglichkeiten der Gleichwertigkeitsprüfung sowie Kenntnisprüfung behandelt? Erfolgt eine vorrangige Gleichwertigkeitsprüfung oder werden in der Regel Kenntnisprüfungen verlangt? Wird bei der Anmeldung zu einer Kenntnisprüfung trotzdem auch die Gleichwertigkeitsprüfung durchgeführt?

Zu Frage 6: Nach der den Anerkennungsverfahren zugrundeliegenden Systematik erfolgt durch die zuständige Behörde grundsätzlich zunächst eine Prüfung der Gleichwertigkeit der ausländischen Ausbildung anhand der einzureichenden Ausbildungsunterlagen im Rahmen eines inhaltlichen Vergleichs mit der zahnmedizinischen Ausbildung in Deutschland. Sofern der Vergleich wesentliche Unterschiede zum Ergebnis hat, haben Antragstellende mit Drittstaatsausbildung eine Kenntnisprüfung abzulegen. Die nach § 2 Abs. 3 Satz 3 ZHG erforderlichen Kenntnisse und Fähigkeiten sind nach Satz 4 auch dann nachzuweisen, wenn die Prüfung des Antrags nur mit unangemessenem zeitlichen oder sachlichen Aufwand möglich ist, weil die erforderlichen Unterlagen und Nachweise aus Gründen, die nicht in der Person der Antragstellenden liegen, von diesen nicht vorgelegt werden können. Erklären Antragstellende, dass sie die notwendigen Unterlagen nicht beibringen können, ist somit unmittelbar der Weg des Nachweises gleichwertiger Kenntnisse über die Absolvierung einer Kenntnisprüfung zu gehen. In diesen Fällen ist dann aufgrund der Systematik der gesetzlich definierten Prüfmechanismen nicht mehr die Möglichkeit eines Ausbildungsvergleiches gegeben.

Frage 7: Wie viele Personen aus Drittländern im Sinne von § 2 Abs. 2 ZHG haben seit 2015 eine Approbation als Zahnarzt aufgrund einer Gleichwertigkeitsprüfung beantragt? Wie vielen wurde diese aufgrund einer positiven Gleichwertigkeitsprüfung erteilt? In wie vielen Fällen wurde sie abgelehnt? Bitte nach Jahresscheiben getrennt auflisten. Sofern möglich diese auch den Erfolgsquoten der anderen Bundesländer gegenüberstellen.

Frage 8: Wurde in den abgelehnten Fällen auf die Möglichkeit einer Kenntnisprüfung verwiesen? Wie viele Personen haben von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht? Wie viele haben diese bestanden? Bitte für die Jahre seit 2015 jeweils getrennt auflisten.

Zu den Fragen 7 und 8: Wegen des Gesamtzusammenhangs werden die Fragen 7 und 8 gemeinsam beantwortet. Auf die Tabellen in Anlage 2 wird verwiesen. Ergänzend wird Folgendes ausgeführt:

Tabelle a) gibt die tatsächliche Personenzahl der Antragstellenden mit Drittstaatsausbildung wieder. In Tabelle b) sind sämtliche Anträge erfasst. Die zahlenmäßige Abweichung zu Tabelle a) ergibt sich daraus, dass eine Person u.U. mehrere Anträge stellen kann, z. B. einen Antrag auf Approbation, einen Antrag auf Erteilung einer (eingeschränkten) Berufserlaubnis, einen Antrag auf Änderung der Berufserlaubnis (z.B. wegen eines Arbeitsgeberwechsels). Tabelle c) stellt die durchgeführten Gleichwertigkeitsprüfungen/Ausbildungsvergleiche dar, zurückgenommene Anträge oder eingestellte Verfahren - z.B. aufgrund fehlender Rückmeldungen der Antragstellenden trotz mehrfacher Nachfrage und Fristsetzung durch die zuständige Behörde - sind nicht erfasst. Ein bundesweiter Vergleich der Erfolgsquoten der Kenntnisprüfungen ist in Ermangelung einer bundesweiten Statistik nicht möglich.

Die statistische Erfassung von in Tabelle d) aufgeführten Kenntnisprüfungen erfolgte erst ab dem Jahr 2016, seit dem Zeitpunkt, da die LZÄK Kenntnisprüfungen und Fachsprachtests durchführt. Wie in den Antworten zu den Fragen 5 und 6 bereits dargestellt, haben Antragstellende bei festgestellten wesentlichen Unterschieden gleichwertige Kenntnisse durch eine erfolgreiche Kenntnisprüfung nachzuweisen oder die Kenntnisprüfung wird direkt absolviert. Kein Antrag wird abgelehnt, weil der Ausbildungsvergleich wesentliche Unterschiede zum Ergebnis hatte. Vielmehr werden Antragstellende auf die Notwendigkeit der Kenntnisprüfung hingewiesen. Eine Ablehnung des Antrags auf Erteilung der Approbation erfolgt in der Regel erst bei abschließend nicht bestandenen dritten Kenntnisprüfungsversuch.

Frage 9: Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung bzgl. der Erreichung des in § 1 Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz postulierten Zwecks der besseren Nutzung von im Ausland erworbenen Berufsqualifikationen bezogen auf den Zahnarztberuf in Brandenburg? Liegen diesbezügliche Evaluationen vor?

Zu Frage 9: Die Landesregierung verfügt diesbezüglich über keine nachhaltigen Erkenntnisse, Evaluationen liegen nicht vor, auf die geringen Fallzahlen im Land Brandenburg wird verwiesen.

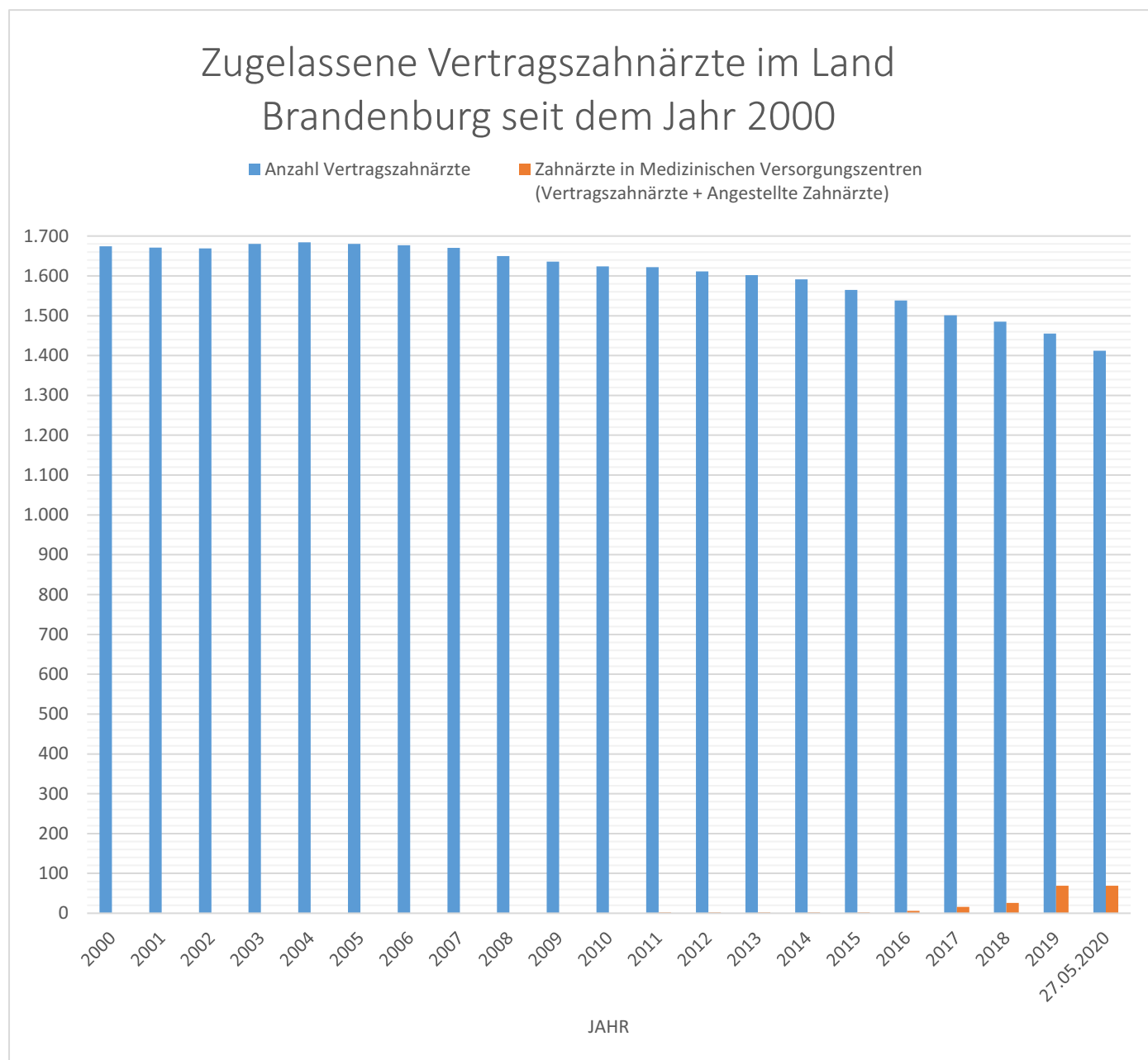
Frage 10: Wie hoch sind die Personalkosten der Kassenzahnärztlichen Vereinigung sowie der Landeszahnärztekammer nominal und im Verhältnis zu ihrem jeweiligen Gesamthaushalt und wie haben sich diese Zahlen in den letzten Jahren entwickelt? Bitte die Zahlen bzw. deren Entwicklung seit 2010 in fortlaufender Grafik nach Jahren und Körperschaften getrennt darstellen

Zu Frage 10: Auf die Tabellen in Anlage 3 wird verwiesen.

Anlage/n:

1. Anlage 1
2. Anlage 2
3. Anlage 3

**Anzahl der zugelassenen Vertragszahnärztinnen und Zahnärzte
im Land Brandenburg ab dem Jahr 2000**



(Quelle: Kassenzahnärztliche Vereinigung Land Brandenburg)

Tabelle a): Eingegangene Anträge von 2015 bis 1. Quartal 2020: Zahnärztinnen und Zahnärzte mit einer Ausbildung im Drittland

Neuanträge | Personen

Ausbildungsland Jahr	2015	2016	2017	2018	2019	2020	Gesamt
Afghanistan						1	1
Ägypten		1		1			2
Albanien			1		1		2
Arabische Republik Syrien	3	5	2	12	4	1	27
Armenien					1		1
Bolivarische Republik Venezuela					1		1
Bosnien und Herzegowina		1				1	2
Brasilien						1	1
Chile	1						1
Indien					1		1
Irak					1		1
Islamische Republik Iran		1					1
Jordanien			1				1
Kasachstan			1				1
Mazedonien					1		1
Peru	1						1
Republik Moldau						1	1
Russische Föderation	1	1				1	3
Serbien	1	1		1			3
Tunesien			1				1
Türkei					2		2
Ukraine	2			1	3	2	8
Weißrussland						1	1
staatenlos*	1						1
Gesamt	10	10	6	15	15	9	65

* Palästinensische Autonomiegebiete

**Tabelle b) Eingegangene Anträge von 2015
bis 1. Quartal 2020: Zahnärztinnen und
Zahnärzte mit einer Ausbildung im Drittland**

Alle Anträge

Ausbildungsland Jahr	2015	2016	2017	2018	2019	2020	Gesamt
Afghanistan						1	1
Ägypten		2		3			5
Albanien			1	1	2		4
Arabische Republik Syrien	4	11	5	21	6	1	48
Armenien		1	2		2		5
Aserbaidshan	1						1
Bolivarische Republik Venezuela					1		1
Bosnien und Herzegowina		2	1			2	5
Brasilien				1		1	2
Chile	1	1					2
Indien					2		2
Irak					2		2
Islamische Republik Iran		2	1	4			7
Jordanien			1				1
Kasachstan			1				1
Libyen		1					1
Mazedonien					2		2
Peru	3	1					4
Republik Moldau						1	1
Russische Föderation	2	1			1	1	5
Serbien	2	3		2			7
Tunesien			1				1
Türkei		1			3		4
Ukraine	6	1		1	4	2	14
Weißrussland						1	1
staatenlos*	2	1					3
Gesamt	21	28	13	33	25	10	130

* Palästinensische Autonomiegebiete

Tabelle c) Gleichwertigkeitsprüfungen nach Antragseingang

Ausbildungsland Jahr der Anträge	2015	2016	2017	2018	2019	2020	Gesamt
Defizite		3	2				5
Ägypten		1					1
Albanien			1				1
Kasachstan			1				1
Serbien		1					1
Türkei		1					1
Gleichwertigkeit		1					1
Iran		1					1
Gesamt		4	2				6

**Tabelle d) Kenntnisprüfungen 2015 bis 2016:
Zahnärztinnen und Zahnärzte**

Prüfungsergebnis Jahr der Prüfung	2015	2016	2017	2018	2019	2020	Gesamt
Prüfung							
bestanden			1	1	1		3
nicht bestanden		7	2	4	5	2	20
1. Wiederholung							
nicht bestanden			6		1	1	8
2. Wiederholung							
bestanden			1				1
abschließend nicht bestanden				2			2
Gesamt		7	10	7	7	3	34

(Quelle: Landesamt für Arbeitsschutz, Verbraucherschutz und Gesundheit)

- Anlage 3 -

Landes Zahnärztekammer Brandenburg

Jahr	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
Summe Personal-kosten in €	629.468,74	656.842,97	663.668,93	668.307,92	714.723,65	724.002,72	651.053,22	670.357,30	741.229,78	792.328,15
Gesamtausgaben Kammerhaushalt ohne Rücklagen in €	1.795.280,08	1.893.440,04	1.889.601,97	1.899.259,05	1.994.955,61	2.085.446,00	2.223.481,99	2.007.640,68	2.232.989,14	2.313.293,45
Anteil Personal-kosten in %	35,06	34,69	35,12	35,19	35,83	34,72	29,28	33,39	33,19	34,25

Kassenärztliche Vereinigung Land Brandenburg

Jahr	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
Summe Personal-kosten in €	3.434.345,84	3.485.739,94	3.581.346,23	3.655.444,74	3.743.875,32	3.814.845,33	3.925.502,10	4.338.258,95	4.387.305,07	4.595.803,05
Gesamtkosten Verwaltungshaushalt in €	6.500.841,51	6.589.296,21	10.360.201,31	6.908.751,88	6.635.459,02	7.151.154,65	6.842.813,23	7.472.949,80	7.727.835,51	7.937.242,83
Anteil Personal-kosten in %	52,83	52,90	34,57	52,91	52,35	53,34	57,37	58,05	56,77	57,90